



EUROPÄISCHES PARLAMENT



2009 - 2014

*Delegation für die Beziehungen zu Indien*

**BESUCH DER DELEGATION  
FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU INDIEN IN  
DELHI - PATNA - MUMBAI  
11.-15. APRIL 2011**

**BERICHT**

**Einleitung**

Der Besuch wurde am 3. März 2011 von der Konferenz der Präsidenten genehmigt. Am 13. und 14. März 2011 weilte der Vorstand zu einem vorbereitenden Besuch in Delhi (getrennter Bericht). Dabei wurde der allgemeine Rahmen des Programms abgestimmt. Im Mittelpunkt sollten die Hauptthemen des Gipfels EU-Indien stehen: Klimawandel und erneuerbare Energien, Freihandelsabkommen EU-Indien sowie Sicherheit und Terrorabwehr. Weiterhin wurde die prinzipielle Vereinbarung getroffen, dass die Delegation Bihar und Mumbai besucht.

Vorbereitende Treffen der Delegation fanden am 22. März und 6. April 2011 statt. Es bestand ebenfalls regelmäßig Kontakt zur indischen Botschaft in Brüssel. Am 6. April 2011 traf Graham Watson mit Professor Moreira, dem Vorsitzenden des Ausschusses für internationalen Handel, zusammen, um die jüngsten Entwicklungen in den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU-Indien zu erörtern. Es bestand enger Kontakt zur Delegation der Europäischen Union in New Delhi, die eine grundlegende Rolle bei der Vorbereitung des Besuches spielte.

**Zusammenfassung des Besuchs**

Zur Zeit des Besuchs sah sich die indische Regierung massiv mit der Beschuldigung konfrontiert, zu den vielen Korruptionsfällen, die an die Öffentlichkeit gelangt waren, eine passive Haltung einzunehmen. Premierminister Manmohan Singh, der stets im Ruf von Kompetenz und Unbestechlichkeit gestanden hatte, wurde nun mit der

PV\869045DE.doc

PE465.341

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

Beschuldigung angegriffen, Fehlverhalten und finanzielle Misswirtschaft zu dulden. Viele Gesprächspartner verwiesen auf die vor allem in der aufstrebenden Mittelschicht verbreitete Stimmung, dass genug genug sei. Durch die neuen Technologien sind die Korruptionsfälle leichter an die Öffentlichkeit gelangt. Der demografische Wandel führt zu einem Eintritt der jungen Generation in die Politik, was von vielen als Zeichen der Hoffnung betrachtet wird.

Indien ist in einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung begriffen und verzeichnete in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrhunderts ein durchschnittliches jährliches Wachstum von etwa 6 %. Von vielen Gesprächspartnern wurde allerdings die Notwendigkeit betont, dieses Wachstum integrativ zu gestalten und der gesamten Bevölkerung Chancen für vollwertige Bildung und Gesundheitsfürsorge zu bieten.

Während ihres Aufenthalts in Delhi traf die Delegation des Europäischen Parlaments mit einer großen Anzahl von Politikern und Ministern zusammen. Sie konnte die bei vorangegangenen Besuchen hergestellten Kontakte während dieser Treffen ausbauen. Die MdEP wiederholten ihren nachdrücklichen Wunsch an das indische Parlament, dass als Ansprechpartner für die Delegation des Europäischen Parlaments wieder eine India-Europe Friendship Group eingerichtet werden sollte, was nach den indischen Parlamentswahlen 2009 nicht erfolgt ist. Da eine spezielle India-Europe Friendship Group fehlt, entwickelte das Europäische Parlament über Gremien, wie die Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI), Beziehungen zu indischen Parlamentariern.

Die Delegation wiederholte die Einladung des Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek an Sprecher Meira Kumar, vor dem Gipfel EU-Indien zu einem hochrangigen interparlamentarischen Treffen zusammenzukommen und verpflichtete sich, weiterhin für einen solchen Besuch zu werben.

Das große Potenzial für eine Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und Indien zeigte sich bei vielen Gelegenheiten, sowohl in New Delhi als auch in den Regionen. In den Vergangenheit wurden die Beziehungen weitgehend durch wirtschaftliche Fragen bestimmt, und auf der indischen Seite gab es die Tendenz, sich auf die bilateralen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten zu konzentrieren.

Zu den spezifischen Gebieten für Zusammenarbeit gehört die Entwicklung der erneuerbaren Energien, wie beispielsweise der Solarenergie-Technologien, da Indien über ein gewaltiges Potenzial solarthermischer Energie verfügt. Weitere Gebiete für gemeinsame Forschungsvorhaben sind beispielsweise Landwirtschaft, Biotechnologie, pharmazeutische Forschung und Gesundheitsfürsorge. Ein indischer Gesprächspartner stellte fest, dass eine „Wissenspartnerschaft“ sogar stärker als eine „strategische Partnerschaft“ wäre.

Neben der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung wurde auch der Stellenwert der Partnerschaft EU-Indien auf der Weltbühne hervorgehoben. Die MdEP betonten die wachsende politische Rolle der Europäischen Union in der Welt nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Besondere Erwähnung fand die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus,

einschließlich der Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean im Rahmen der Operation „Atalanta“.

Während der Treffen wurde in der gesamten Besuchswoche häufig das FHA EU-Indien angesprochen. Treffen, die ausschließlich dem FHA gewidmet waren, fanden mit dem Handelsausschuss sowie einer Gruppe von NRO statt, die das Abkommen klar ablehnten.

Das FHA wurde allgemein als greifbarster Ausdruck einer tiefergehenden Beziehung anerkannt. Es wurde deutlich, dass die indische Seite erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag hatte, eine Klausel zu nachhaltiger Entwicklung in das Abkommen aufzunehmen, da sie dies nicht als Handelsfrage betrachtet. Weitere wichtige Fragen betrafen u. a. die Einfuhr von billigen Pkw, die Subventionierung von Agrarerzeugnissen und Restriktionen beim Zugang zu Generika durch die Einführung strenger Regeln zu den Rechten des geistigen Eigentums.

Vertreter der Zivilgesellschaft beschwerten sich darüber, dass die Verhandlungen über das Abkommen hinter verschlossenen Türen stattfänden. Die Delegation des Europäischen Parlaments betonte, dass das Abkommen im Europäischen Parlament offen diskutiert werde und unterstrich, dass sowohl eine globalisierte Wirtschaft erforderlich sei als auch ein globaler Sozialkontrakt, was sich in der Anerkennung der Forderungen nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit im FHA widerspiegeln. Die Delegation sicherte zu, dass sie für ihre Einbeziehung in die Beratungen des Parlaments über das Abkommen sorgen werde.

Nachdem sie in New Delhi Station gemacht hatte, reiste die Delegation in den Bundesstaat Bihar weiter. Bihar war in der Vergangenheit besonders von Korruption und den fatalen Auswirkungen eines kastenbasierten politischen Systems betroffen, was dazu beitrug, dass es bis in die jüngste Vergangenheit der ärmste Staat Indiens war. Die Delegation traf mit Chief Minister Nitish Kumar zusammen, dessen Regierung allgemein zugeschrieben wird, seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2005 eine Transformation in dem Bundesstaat bewirkt zu haben. Umfangreiche Entwicklungsinitiativen richteten sich auf die Bereiche Bildung und Gesundheit, und die Regierung unternahm große Anstrengungen, um das Problem der Verheiraten im Kindesalter zu lösen, das besonders bei Mädchen zu einem frühen Abbruch der schulischen Ausbildung führt. Die Delegation besuchte ein von der EU finanziertes Projekt, das diese Ziele unterstützt, und ein von der Regierung finanziertes Wiederaufforstungs-Projekt, in dessen Rahmen über sechs Millionen Pappeln gepflanzt wurden, wodurch jährlich 9,3 Mio. t Kohlenstoff aus der Atmosphäre gebunden werden.

Abschlussstation des Besuchs war Mumbai, die Finanz- und Wirtschaftsmetropole Indiens und sein „Tor zum Westen“. Bei einem Treffen mit der Strategic Foresight Group wurde das große Potenzial für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Bildung besonders deutlich hervorgehoben. Die Delegation traf mit dem Chief Minister zusammen, der ebenfalls das große Potenzial für Investitionen aus der EU in Maharashtra unterstrich. Im Hotel Taj Mahal fand ein Gedenken an die Opfer der Terroranschläge vom November 2008 in Mumbai statt.

## BERICHT ÜBER DEN BESUCH

Montag, 11. April 2011 - Delhi

**08.00 Frühstück und Informationsgespräch mit der EU-Delegation**

**Ort: Diwan I Khas Hall  
Taj Mahal Hotel**

Die Mitglieder erhielten Überblicksinformationen zur derzeitigen politischen Lage in Indien. Die Lage sei nach einer nicht abreißen Serie von Korruptionsskandalen, wie dem Missmanagement der Commonwealth Games, dem Verkauf von Telekomlizenzen zu Schleuderpreisen und dem Rücktritt des Chefs der Antikorruptions-Behörde von allgemeiner Unzufriedenheit („Genug ist genug“) geprägt. Besonders unzufrieden zeige sich die Mittelschicht über den missbräuchliche Verwendung ihrer Steuerzahlungen für die Bereicherung korrupter Politiker und Beamter. Es bleibe abzuwarten, ob sich diese Dynamik fortsetze, gegenwärtig liege allerdings „ein Hauch von Jasmin in der Luft“.

Der Antikorruptionsaktivist Anna Hazare sei zum Kristallisationspunkt für den landesweiten Wunsch nach Veränderungen geworden. Herr Hazare hatte sich dafür eingesetzt, dass der mit der Abfassung des Antikorruptionsgesetzes (Jan Lokpal oder „Citizens' Ombudsman“) betraute Ausschuss einen Vertreter der Zivilgesellschaft als Ko-Vorsitzenden erhalten und der Ausschuss selbst sich jeweils zur Hälfte aus Politikern und Aktivisten zusammensetzen sollte. Herr Hazare trat für kurze Zeit in einen Hungerstreik, den er beendete, nachdem die Regierung alle seine Forderungen erfüllt hatte. Die Menschen hätten sich durch das wiederentdeckte Potenzial dieser von Ghandi praktizierten Vorgehensweise inspirieren lassen.

Es lasse sich diskutieren, ob tatsächlich neue Gesetze gegen die Korruption erforderlich seien oder ob der Sicherung der wirksamen Durchsetzung der bestehenden Gesetze ein höherer Stellenwert zukomme.

Seit der wirtschaftlichen Öffnung Indiens Anfang der 1990er Jahre stellten sich ein signifikantes Wirtschaftswachstum und eine gewisse Verringerung der Armut ein; eine große Zahl von Menschen verbleibe jedoch weiterhin unterhalb der Armutsgrenze. Zwar kam es zu einer raschen Entwicklung der IT-Industrie und einiger Nischensektoren, ein Großteil der Arbeitskräfte sei allerdings weiterhin in Beschäftigungen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen tätig. Indien sehe sich zu einem großen Teil auf die Ausfuhr von Kleidung und Rohstoffen angewiesen.

Die indische Regierung zeigte Interesse an einem raschen Abschluss des FHA EU-Indien, der allerdings zu den von ihr gewünschten Konditionen erfolgen solle. Das FHA erweist sich als qualitativ ehrgeiziger als die Abkommen Delhis mit anderen Handelspartnern. Ein Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung wird von der indischen Seite als Problem ohne Handelsbezug betrachtet und sei daher nicht in das FHA aufzunehmen.

Die Entwicklungshilfe der EU richtet sich auf technische Hilfe und den sozialen Sektor. In der Entwicklungsproblematik bestehe ein positives Verhältnis zur indischen Regierung, allerdings müsse stets bestimmten Empfindlichkeiten Aufmerksamkeit geschenkt werden.

**09.00                    Treffen mit Gewerkschaftsvertretern**

**Ort:                    Longchamp Hall  
                         Taj Mahal Hotel**

Die Redner betonten, dass für sie ungeachtet ihrer Verbindung mit der Congress Party die Unterstützung der Arbeitnehmer in allen Beschäftigungsfeldern die oberste Priorität darstelle. Sie erkannten die führende Rolle der Congress Party im Kampf für die indische Unabhängigkeit an und stimmten deren grundlegender Philosophie zu. Sie erhielten keinerlei finanzielle Unterstützung von der Partei. Besonders erwähnt wurden die Eisenbahngewerkschaften, deren 1,4 Mio. Mitglieder für 64 000 Streckenkilometer und mehr als 7000 Bahnhöfe zuständig sind und jeden Tag 20 Mio. Passagiere befördern.

Die Gewerkschafter betonten, dass es in einem demokratischen System länger dauern würde, um alle dazu zu bringen, „am selben Strang zu ziehen“, dass aber Fortschritte zu verzeichnen seien. Sie setzten sich deutlich für die Bekämpfung der Korruption ein und waren der Meinung, dass ehrliche Bürger Druck auf die Regierung ausüben könnten.

Es bestünden allerdings erhebliche Probleme für gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeitnehmer, deren Zahl 400 Millionen betrage. Die Frauen seien gut vorangekommen und hätten die Männer im IT-Sektor und in anderen Bereichen mit qualifizierter Tätigkeit überrundet. Die Gewerkschaften würden das Recht auf Bildungszugang für alle Kinder unterstützen.

Die Gewerkschafter betonten den Stellenwert des Schutzes der Rechte der indischen Arbeitnehmer und der Verhinderung ihrer Aushöhlung durch Bestimmungen im FTA EU-Indien. Graham Watson nahm Bezug auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. März 2009, in der das Erfordernis unterstrichen wird, dass „sichergestellt wird, dass die Investoren sich an die Kernarbeitsnormen der IAO, die Sozial- und Umweltvereinbarungen und die internationalen Übereinkommen halten, um so ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und hohen Sozial- und Umweltstandards zu erreichen“.

**10.30                    Treffen mit Prakash Javadekar, Sprecher, BJP (Bharatiya Janata Party)**

**Ort:                    BJP HQ Office  
                         11 Ashoka Road**

Prakash Javadekar führte aus, die BJP sei mit 165 Abgeordneten in beiden Kammern des Parlaments die wichtigste Oppositionspartei und würde in neun der 28 indischen Bundesstaaten regieren. Sie sei 1980 gegründet worden und vertrete eine Philosophie des „positiven Säkularismus und der Demokratie“. Im Unterschied zu vielen politischen Parteien Indiens stelle die BJP (neben der Kommunistischen Partei) kein

„Familienunternehmen“ dar. Ihre Losung laute: „Zuerst die Nation, dann die Partei, der Eigennutz zuletzt“.

Die BJP betrachte die muslimische Bevölkerung als integralen Bestandteil der Nation. Sie verurteile die Gewalt gegen Christen, die Prakash Javadekar als lokale Auseinandersetzung zwischen Scheduled Tribes betrachtet. Die BJP vertrete die Ansicht, dass die Gewalt zwischen den Volksgruppen abnehme und „bald der Vergangenheit angehören wird“. Es bestehe nicht der Wunsch, das Land entsprechend der Religionszugehörigkeit zu spalten und Prakash Javadekar zeigte sich schockiert vom Verbot der Burka in Frankreich.

Die Schlüsselfragen für die Nation bestünden in der Bekämpfung von Inflation und Korruption. Die BJP unterstütze den gemeinsamen Ausschuss zur Abfassung des Antikorruptions-Gesetzes. Im Bereich Energie habe die Partei umfassende Pläne zur Entwicklung von erneuerbaren Energien, einschließlich der Solarenergie, vorbereitet. Nach der Katastrophe in Japan gelte für sämtliche Entwicklungen im Sektor Kernenergie ein Moratorium.

Prakash Javadekar führte aus, dass das FTA EU-Indien instrumentalisiert würde, um die Blockade beim multilateralen Handel zu umgehen. Im landwirtschaftlichen Bereich bestehe aufgrund der EU-Subventionen kein fairer Wettbewerbsrahmen. Trotzdem könne der Handel als realer Faktor für die Entstehung von Freundschaft wirken, außerdem sei ein schnelleres Wachstum der Weltwirtschaft erforderlich. Seine Partei setze sich für die Ratifizierung des Abkommens durch das indische Parlament ein. Der EU-Botschafter betonte, dass der Anteil der landwirtschaftlichen Subventionen der EU am Haushalt rückläufig sei.

Graham Watson unterstrich abschließend die Notwendigkeit eines regelmäßigen parlamentarischen Dialogs zwischen Indien und der EU.

**11.15**                      **Press Point - Graham Watson**  
**Ort: Delegation der Europäischen Union**

Graham Watson wurde von Journalisten von „The Asian Age“ und „The Economic Times“ interviewt. Dabei verwies er auf das bedeutende Potenzial der Erweiterung des Handels EU-Indien und die Notwendigkeit eines ehrgeizigen FTA, da Indien zurzeit nur einen Anteil von 2,3 % des Markts der EU habe. Beide Seiten könnten nur gewinnen. Er unterstrich, dass für die Bestätigung des Abkommens durch die EU die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich ist.

Es stehe außer Zweifel, dass aus dem nuklearen Unfall in Japan Lehren zu ziehen seien, und der Redner merkte an, dass der Rat am 25. März 2011 eine Sicherheitsüberprüfung aller europäischen Kernkraftwerke auf der Grundlage umfassender und transparenter Risiko- und Sicherheitsbewertungen („Stresstests“) beschlossen habe. Er unterstrich die Vorteile der Verwendung von Thorium in Kernreaktoren und äußerte die Ansicht, dass auf diesem Gebiet große Chancen für eine Zusammenarbeit der EU mit Indien bestünden.

Graham Watson äußerte sich äußerst besorgt über den Klimawandel und das Abschmelzen der Himalajagletscher, das viel rascher als erwartet voranschreite. Er verwies auf den Bericht des Potsdam-Instituts vom November 2009, der belege, dass durch die Eisschmelze in Norwegen und Russland arktische Luftmassen nach Europa gelenkt würden, was zu tieferen Temperaturen in südlicheren Gebieten führe.

Graham Watson betonte, dass das Abkommen von Montreal einen Erfolg darstelle und zu einer Verringerung von 90 % beim Einsatz von 86 Ozon abbauenden Chemikalien geführt habe. Das Abkommen sehe zurzeit eine vollständige Abschaffung von HFCKW bis zum Jahr 2030 vor, während keinerlei Beschränkungen für HFKW vorgesehen seien, die seiner Ansicht nach ebenfalls einbezogen werden sollten. Graham Watson begrüßte die Ergebnisse des Gipfels von Cancún, bedauerte das „Versagen“ der EU in Kopenhagen und unterstrich, dass ein „neuer Vertrag von Kyoto“ erforderlich sei.

Er lobte den „Fahrplan“ der Europäischen Kommission, der vorsehe, bis 2050 eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit niedrigem Kohlendioxidausstoß zu erreichen. Er begrüßte den 12. Fünfjahrplan der Volksrepublik China, der die Fragen des Klimawandels „hervorragend“ angehe und äußerte die Ansicht, dass Peking bei der Bekämpfung der Erderwärmung die Führungsrolle übernehmen könne, die bislang die EU inne hatte.

Graham Watson betonte, dass Indien und die EU eine gemeinsame Agenda zum Klimawandel entwickeln sollten und unterstrich die Bedeutung Indiens bei der Erzeugung erneuerbarer Energie. Er betonte den Stellenwert von gemeinsamer Forschung auf Gebieten wie dem der Solarenergie.

**11.30-12.30      Treffen mit Neil Gough, Group Public Policy Director,  
Emerging Markets, Vodafone India**  
**Ort:                Longchamp Hall**  
**Taj Mahal Hotel**

Die Mitglieder erfuhren, dass zurzeit ca. 650 Millionen bis 750 Millionen Mobilfunkverträge bestünden und der Markt mit 15 Millionen neuen Vertragsabschlüssen je Monat rasch wachse. Eine Netzabdeckung bestehe im ganzen Land. Die 500 Millionen Inder ohne Mobiltelefon seien ein riesiges Wachstumspotenzial. Es existiere auch ein erhebliches Potenzial für die Versorgung des riesigen, jungen und sich rasch entwickelnden, aber noch überwiegend ländlich geprägten Landes mit Finanz-, Bildungs- und medizinischen Dienstleistungen. Erfolgreich agiere Vodafone in Indien durch seine offensive Investitionspolitik und seine Gemeinschaftsunternehmen für die Entwicklung der Infrastruktur.

Es bestehe ein harter Wettbewerb, und es gebe in einigen Städten bis zu 15 Anbieter, was zu Preiskriegen und niedrigen Gewinnmargen führe. Das Netz sei in sehr kurzer Zeit aufgebaut worden, wofür erhebliche Investitionen erforderlich waren. Der Markt sei in hohem Maße fragmentiert, da für zu viele Akteure nur ein relativ kleiner Frequenzbereich (Wellenlängen) zur Verfügung stehe und große Frequenzbereiche für Zwecke der Landesverteidigung und anderer Regierungsbehörden reserviert blieben.

Obwohl theoretisch ein fairer Wettbewerbsrahmen existiere, würden indische Staatsbetriebe in der Praxis bei der Frequenzvergabe bevorzugt. Neil Gough betonte, dass Druck auf die indischen Behörden ausgeübt werden müsse, um die korrekte Umsetzung der Wettbewerbsregeln sicherzustellen.

### **13.00 Von der *Observer Research Foundation* ausgerichtetes Essen**

**Ort: 20, Rouse Avenue Institutional Area  
Urdu Ghar Road - Deen Dayal  
Upadhyaya Marg  
New Delhi 110 002**

Die Observer Research Foundation (ORF) wurde im Jahr 1990 als privater Think-Tank ohne Erwerbszweck in der Absicht gegründet, die Politikgestaltung zu beeinflussen. Zu ihren Mitgliedern gehören Akademiker, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Politiker und Aktivisten aus dem sozialen Bereich. Zur Zeit ihrer Gründung entwickelte sich Indien in einem Prozess wirtschaftlicher Liberalisierung von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft. Seither dehnte die ORF ihre Forschungsgebiete auf Fragen wie internationale Beziehungen, Sicherheit und Ressourcenmanagement aus. Zu den Gästen zählten Parlamentsabgeordnete und Vertreter von Think-Tanks.

Es wurde festgestellt, dass die indische Mittelschicht, zu der zurzeit 300 Millionen bis 400 Millionen Menschen zählen, sich in den letzten Jahren in zunehmendem Maße artikuliert habe und auf deutlichere Weise Veränderungen einfordere. Das habe bedeutsame Auswirkungen auf das politische Establishment.

Das rasche Wirtschaftswachstum sei nicht gleichmäßig erfolgt; 37 % der Bevölkerung würden immer noch unterhalb der Armutsgrenze leben und es sei sehr wichtig, dass das Wachstum einen integrativeren Charakter annehme. Ein Weg zum Abbau der Armut bestehe in der Bildung; eine allgemeine Grundbildung werde bereitgestellt, deren Qualität jedoch sehr stark schwanke. Das Bevölkerungswachstum habe ebenfalls ernsthafte Auswirkungen auf die begrenzten Wasserressourcen des Landes.

Hinsichtlich der Auswirkungen des FTA EU-Indien auf die indische Landwirtschaft wurden Befürchtungen geäußert, die sich zum Teil auf drohende massenhafte Einfuhren verarbeiteter und subventionierter Nahrungsmittel aus der EU bezogen. Besorgnis kam auch hinsichtlich neuer Regelungen für die Rechte des geistigen Eigentums zum Ausdruck, insbesondere im Arzneimittelbereich.

Die meisten Inder seien nicht tiefgreifend an Außenpolitik interessiert, es bestehe allerdings der allgemeine Eindruck, dass das Land auf der Weltbühne eine größere Rolle spielen sollte. Konkret sei eine Erneuerung des UN-Sicherheitsrats erforderlich.

Asien durchlaufe große Veränderungen, die besonders aus dem Aufstieg Chinas herrührten. Es sei von entscheidender Bedeutung, Frieden und Stabilität in der Region durch regionale Zusammenarbeit und Entwicklung zu sichern, wobei China umfassend in den zu schaffenden strukturellen Rahmen eingebunden werden müsse.



Indien verfolge eine traditionelle Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die u. a. für seine Positionierung gegenüber Afrika bestimmend sei. Delhi erkenne allerdings das große Potenzial der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und der Unterstützung, die bei der Erschließung ihrer enormen Rohstoffvorkommen geleistet werden könne. Hier eröffne sich auch ein Gebiet der Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien.

Graham Watson unterstrich den Stellenwert der Zusammenarbeit EU-Indien und nahm besonders auf das Zusammenwirken bei der Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean Bezug. Er betonte die Notwendigkeit der Einrichtung eines wirksamen rechtlichen Rahmens für die Migration und das Erfordernis, den Handel zwischen der EU und den Entwicklungsländern auszubauen: „Wenn wir die Waren aus diesen Ländern nicht importieren, dann werden wir ihre Menschen importieren müssen.“ Er unterstrich auch die Bedeutung eines integrativen Wirtschaftswachstums, damit nicht große Teile der Bevölkerung in Armut verbleiben.

**15.15-16.00      Treffen mit dem Ständigen Handelsausschuss**  
***Shri Shanta Kumar, BJP, Vorsitzender***  
***Ort: Sitzungssaal Nr. 63 des Ausschusses, 1. Etage***  
***Parliament House***

Dem Handelsausschuss (Standing Committee on Commerce) gehören Mitglieder beider Kammern des indischen Parlaments an, jedoch ist das Parlament nicht befugt, geschlossene Verträge zu billigen oder abzulehnen.

Beide Seiten waren sich einig, dass der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien hohe Bedeutung zukommt, besonders in Gebieten wie Forschung und Entwicklung und nuklearer Sicherheit.

Von den Mitgliedern der Delegation des Europäischen Parlaments wurde anerkannt, dass über einige Aspekte des FHA EU-Indien zwischen dem Parlament und der EU als Ganzem Meinungsverschiedenheiten bestünden. Es wurde festgestellt, dass diejenigen, denen durch ein Handelsabkommen wirtschaftliche Verluste entstünden, die Schuld dafür dem Abkommen zuweisen, was umgekehrt nicht der Fall sei. Der Schutz der Arbeitnehmerrechte sei von entscheidender Bedeutung.

Die indische Seite betonte, dass mehr als 60 % der Bevölkerung des Subkontinents in der Landwirtschaft tätig seien und der Großteil dieses Sektors von der Subsistenzwirtschaft geprägt ist, wobei die indischen Landwirte Subventionen in vernachlässigbarem Umfang erhielten. Einfuhren billigerer subventionierter Agrarprodukte aus der EU infolge des FHA könnten weitere Menschen in die Armut drängen – ein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen müsse. Angesichts des Fehlens eines Subventionssystems sei die Ausfuhr indischer Agrarerzeugnisse unrealistisch. Weiterhin wurde die Besorgnis geäußert, dass es durch das FHA zu einer Invasion großer europäischer Supermärkte kommen könnte, die kleine familiengeführte Läden vom Markt verdrängen.

Von der indischen Seite wurde außerdem festgestellt, dass in Indien Zweifel an der erzwungenen Verringerung der indischen Kohlendioxid-Emissionen bestünden, da Indien noch einen langen Entwicklungsweg vor sich habe.

**16.15-17.00**      **Treffen mit Sachin Pilot, Staatsminister für Kommunikations- und Informationstechnologie**  
**Ort: Electronics Niketan, 1. Etage**  
**6 CGO Complex**  
**Lodhi Road**

Sachin Pilot betonte, es bestehe im Lande der starke Wunsch, dass gegen alle in Korruption verwickelte Personen vorgegangen werde. In der Vergangenheit seien die Politiker meist fortgeschritteneren Alters gewesen, was mit der traditionellen Achtung gegenüber dem Alter in Asien zu tun habe. Die demografische Veränderung in Indien und die Verjüngung der Bevölkerung hätten allerdings unvermeidlich dazu geführt, dass jüngere Menschen zu einem früheren Zeitpunkt Führungspositionen erreichten. Das derzeitige Geschehen sei ein „Weckruf“ an das politische Establishment. Indien sei allerdings eine partizipative Demokratie, und es bestünden keine Parallelen zur Lage im Nahen Osten.

Der Minister stellte fest, dass Indien gegenwärtig über die zweitgrößte Telekommunikationsindustrie in der Welt verfüge, die jeden Monat zwischen 15 Millionen und 18 Millionen neue Nutzer dazugewinne. In den meisten Gebieten des Landes seien zwischen acht und zehn private Anbieter tätig, allerdings bestehe für die ärmeren Landesteile immer noch keine Netzversorgung. Das Telefonieren sei mit Preisen unter zwei Cent pro Minute sehr günstig. Der Aufbau von „Informations-Autobahnen“ sei erforderlich, und das Ziel laute, alle Dörfer innerhalb der kommenden 18 Monate an Breitbanddienste anzuschließen.

Zu den weiteren erörterten Frage gehörte die elektronische Abstimmung, die inzwischen bei sämtlichen Wahlen zum Einsatz kommt. Sachin Pilot führte Einzelheiten der indischen Gesetze zum Recht auf Information aus, und es wurde ein Vergleich mit den entsprechenden Rechtsvorschriften in Europa gezogen.

Graham Watson äußerte die Ansicht, dass die derzeitigen Probleme des Euro einen „Stresstest“ der europäischen Solidarität darstellten und die EU zusammengehalten habe. Er betonte noch einmal den Stellenwert der Zusammenarbeit EU-Indien und zog Parallelen zwischen der Entwicklung der Europäischen Union und der Indischen Union.

**18.00**              **Treffen mit der NRO Lawyers' Collective zum Thema „FHA EU-Indien“**  
**Ort:              Longchamp Hall**  
**Taj Mahal Hotel**

Die Redner lehnten das FHA EU-Indien rundherum ab und riefen dazu auf, das Verhältnis zwischen beiden Seiten grundsätzlich zu überdenken. Sie stellten fest, dass es in Indien an „gesellschaftlichem Rückhalt“ für das Abkommen fehle und beschwerten sich darüber, dass die Verhandlungen über das FHA geheim geführt worden seien und sie keine Gelegenheit für einen eigenen Beitrag erhalten hätten. Es wurde die Besorgnis

geäußert, dass in Indien eine Reihe von verfassungsmäßigen Rechten nicht mehr garantiert seien, da diese durch Bestimmungen des Abkommens ausgehebelt würden.

Erhebliche Besorgnis wurde auch wegen der möglichen Auswirkungen der Einfuhr stark subventionierter und verarbeiteter Erzeugnisse der EU-Agrarindustrie für die indischen Bauern geäußert. Brüssel tendiere dazu, Einfuhren aus Indien mit nichttarifären Hemmnissen, wie z. B. Anforderungen in Form von Lebensmittelstandards, zu belegen und damit faire Wettbewerbsbedingungen zu verhindern. Mehr als 70 % der indischen Bevölkerung würden in Armut leben und 65 % der bäuerlichen Wirtschaften am Rande des Existenzminimums betrieben.

Auf große Bedenken stießen die Bestimmungen zum Recht des geistigen Eigentums, da sie den Zugang zu Generika einschränken und die Verfügbarkeit von Arzneimitteln, wie Medikamenten gegen HIV/Aids und Zytostatika, verringern würden.

Der im FHA enthaltene Abschnitt zu Investitionen könne, so die Besorgnis, die Entwicklung der Sozialgesetzgebung behindern. Die Redner beriefen sich auf eine Reihe von Fällen, in denen amerikanische Unternehmen zum Schaden der gesamten Bevölkerung bei Fragen wie Patentrechten Rechtsmittel gegen Regierungen (von Drittstaaten) eingelegt hätten. Diese Beispiele/Fallstudien betrafen keine Abkommen, die mit der EU unterzeichnet wurden.

Vorschläge der EU, Aspekte, wie beispielsweise Auflagen zum Schutz der Artenvielfalt, in das Abkommen aufzunehmen, wurden verurteilt. Das Argument lautete, dass die EU mit den USA um den Zugang zu den Schwellenländern zu konkurrieren versuche, und dass Indien das „Schlachtfeld“ dieser Auseinandersetzung sei.

Von EP-Seite wurde eingeräumt, dass die Verhandlungen weitgehend geheim geführt wurden. Graham Watson betonte allerdings, dass die Aussprache über das Abkommen im Europäischen Parlament ohne Geheimhaltung geführt werde. Die Wiederaufnahme der Doha-Runde sei gegenüber bilateralen Abkommen in der Tat vorzuziehen, dass es aber bei Ausbleiben von Fortschritten in den multilateralen Verhandlungen wichtig sei, sich mit für beide Seiten vorteilhaften Wegen der Ausweitung von Handel und Investitionen zu befassen. Graham Watson unterstrich abschließend die Notwendigkeit einer globalisierten Wirtschaft und eines globalen Sozialkontrakts, was durch die Anerkennung von aus sozialer und ökologischer Gerechtigkeit resultierenden Anforderungen im FHA realisiert werden müsse.

## **20.00 Von der EU-Delegation ausgerichtetes Dinner**

**Ort: EU-Residenz  
A-25 West End  
New Delhi**

Von der Leiterin der EU-Delegation in Indien wurde ein Dinner für die Delegation ausgerichtet. Daran nahmen Diplomaten aus den EU-Mitgliedstaaten, Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft teil.

Die Delegation reiste am frühen Morgen nach Patna, der Hauptstadt des Bundesstaates Bihar. Bihar ist mit 83 Millionen Einwohner von der Bevölkerung her der drittgrößte Bundesstaat Indiens. Fast 85 % der Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten und der Anteil der unter 25-Jährigen ist der höchste in Indien.

Die Alphabetisierungsrate liegt bei 46,9 % (im gesamtindischen Durchschnitt bei 54,5 %); nach Ergebnissen der Volkszählung von 2011 kamen jeweils 916 Frauen auf 1000 Männer. In Bihar leben etwa 36,9 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, womit Bihar nach Uttar Pradesh der zweitärmste Bundesstaat Indiens ist.

Seit November 2005 wird Bihar von der National Democratic Alliance unter Chief Minister Nitish Kumar regiert. Die Regierung Nitish Kumars wurde allgemein für ihre wirtschaftlichen und politischen Reformen gelobt, und das in einem Bundesstaat Indiens, der laut der Einschätzung von Transparency International aus dem Jahre 2005 die Korruptionsskala in Indien anführt. In der Zeit davor litt Bihar unter mangelhafter Regierungstätigkeit und kastenbestimmter Politik, bei der die unteren Kasten als „Abstimmbanken“ genutzt wurden.

#### **10.00                    Besuch bei einem Projekt zur Frauenförderung** **Ort: Distrikt Vaishali**

Die Delegation besuchte ein von der EU finanziertes Projekt zur Frauenförderung im Distrikt Vaishali (etwa 90 Minuten Fahrt mit dem Pkw vom Zentrum Patnas aus). Während der Fahrt äußerten die Mitglieder sich lobend über die gute Qualität der Straße und die Fruchtbarkeit des Landes. Hauptanbaukulturen sind Reis, Getreide, Mais, Zuckerrohr, Bananen, Mango und Tabak.

Ziel des in ganz Indien laufenden Projekts ist die Leistung eines „Beitrags zur reproduktiven Gesundheit junger Menschen in der Altersgruppe von 10 bis 24 Jahren“. Das Projekt soll speziell zu frühe Verheiratungen und Schwangerschaften verhindern helfen. Dem Bericht der UNICEF „State of the World's Children-2009“ zufolge heirateten 47 % der indischen Frauen im Alter von 20-24 Jahren vor der gesetzlich vorgeschriebenen Altersgrenze von 18 Jahren und 40 % der Kinderhehen der Welt wurden in Indien geschlossen.

Die Gesamtkosten für das Projekt betragen für den Zeitraum 2009-2013 3,2 Mio. EUR, wovon 90 % von der EU bereitgestellt werden. Partner vor Ort ist MAMTA, eine NRO, die *„im Bereich integrierte Gesundheitsfürsorge und Entwicklungsfragen im Zusammenhang mit Armut, Geschlecht und Rechten wirkt“* und landesweit tätig ist. Der lokale Kooperationspartner ist MANSI, dessen Ziel in der Förderung von integrierter ländlicher Entwicklung durch aktive Beteiligung der örtlichen Gemeinschaft besteht („Mansi“ bedeutet auf Hindi „denkende Frau“).

Während ihres Besuches traf die Delegation Jugendliche und Eltern, die an dem Programm teilnahmen, in staatlichem Auftrag tätige Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Mitglieder der Gebietskörperschaft und Bewohner. Einige der Multiplikatorinnen, mit denen sie zusammentraf, waren selbst im Kindesalter verheiratet worden.

Die Delegation erfuhr, dass die Quote der Verheiratungen im Kindesalter, die über ein Alter der Ehefrau von unter 18 Jahren definiert wird, und von frühzeitigen Schwangerschaften in Bihar sehr hoch liegt, obwohl seit langem Gesetze zur Verhinderung von Verheiratungen im Kindesalter existierten (der Child Marriage Restraint Act stammt aus dem Jahr 1929). Schätzungen zufolge finden 66 % der Heiraten in diesem Distrikt vor Erreichen des gesetzlichen Mindestalters statt. Zum Teil geschieht das sogar im Alter von 10 Jahren, „bevor anzunehmen ist, dass die Kinder schon verstorben sind“. Vielfach bleiben die Mädchen bei ihren Eltern und leben erst dann bei ihren Ehemännern, wenn die Hochzeit vollzogen wurde. Eine frühe Heirat wird als Mittel betrachtet, die „Entehrung“ eines Kindes außerhalb der Ehe zu verhindern. Das mittlere Heiratsalter betrug 17,5 Jahre.

Mit dem Projekt sollen Mädchen ermuntert werden, ihre schulische Ausbildung fortzusetzen und nicht vor dem gesetzlichen Mindestalter zu heiraten. Es seien erhebliche Fortschritte erzielt worden. Der Staat stelle Mädchen als Anreiz, weiterhin die Schule zu besuchen, Fahrräder zur Verfügung, da ihnen allgemein nicht erlaubt werde, zum Schulbesuch weite Entfernungen von ihrem Dorf zurückzulegen. Der Staat zahle zudem für jedes Kind 2000 Rupien in einen Investmentfonds ein. (Das spiegelte sich in den während des Besuchs der Delegation veröffentlichten Daten der Volkszählung von 2011 wider, die zeigten, dass sich die Alphabetisierungsquote bei Mädchen von 33,12 % im Jahr 2001 auf 53,33 % im Jahr 2011 erhöht hatte.)

Die Mitglieder befragten eine Reihe von Kindern, die Englisch lernen wollten und eine berufliche Laufbahn in Bereichen wie dem Ingenieurwesen anstrebten. Sie waren offensichtlich stolz auf ihre Erfolge und hatten erkannt, welchen Stellenwert Bildung besitzt. Der erste Eindruck der Delegation war, dass im Projekt mit den aufgewendeten Geldern ein großer Nutzen erzielt wird, da mit sehr wenig sehr viel erreicht wird. Ein weiteres wesentliches Plus bestand darin, dass das von der EU unterstützte Projekt bei der Umsetzung der staatlichen Politik hilft.

Die reiche Geschichte des Distrikts ist besonders mit Buddha verbunden, aber auch mit Mahavira, der die zentralen Lehren des Jainismus formulierte. Der Distrikt Vaishali war der Sitz der Republik von Vaji, die man für die erste Republik der Welt mit einer gewählten Versammlung von Repräsentanten hält.

Nach dem Besuch des Projekts begab sich die Delegation zu der in der Nähe gelegenen Ashoka Pillar, einer der Säulen, die von König Ashoka im 3. Jahrhundert v. Chr. errichtet wurden. Das Löwenkapitell weist nach Norden, in die Richtung, die der Buddha auf seiner letzten Reise einschlug. Dann kehrte die Delegation nach Patna zurück.

**Mittwoch, 13. April 2011 - Patna**

**09.30                    Treffen mit *Dr. Sanjay Jaiswal*, MP (Lok Sabha), BJP aus dem  
Wahlkreis Paschim Champaran (Bihar)  
Ort:                    *Maurya Hotel*  
                          *Durbar II Hall***

Im Staat Bihar regiert die BJP im Rahmen der National Democratic Alliance (NDA) in einer Koalition gemeinsam mit der Partei Janata Dal United (JDU). Im November 2010 errangen die JDU bei den Wahlen 115 Sitze und die BJP 91 Sitze von insgesamt 246 Parlamentssitzen. Die Congress Party wurde mit lediglich vier Sitzen fast völlig aus dem Parlament hinausgewählt.

Dr. Jaiswal stellte fest, dass Bihar seit der Unabhängigkeit einen erheblichen Niedergang erleide und zu einem der rückständigsten Staaten Indiens geworden sei. Schuld daran sei weitgehend die kastenorientierte Politik. Die politische Transformation sei durch die Befugnisse der Wahlkommission begünstigt worden, die faire Wahlen sichergestellt habe und ermächtigt sei, Beamte zu entlassen, die parteipolitisch handelten.

Die Regierung betreibe eine Politik der Entwicklung und Industrialisierung, die allerdings in gewissem Maße durch den Mangel an Naturressourcen behindert werde. Dr. Jaiswal verwies auf große Probleme bei der Energieversorgung und regelmäßige Stromausfälle, die zeitweise zu Massenprotesten gegen den Stromversorger Bihar Electricity Board geführt hätten. Ein erhebliches Problem sei auch die Kontrolle über die Wasserressourcen, da sämtliche größeren Flüsse in Nepal entspringen. Bei einem Großteil dieser Ressourcen handele es sich um Grundwasser, das schwer zugänglich sei.

Es seien einige Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien und der Artenvielfalt entwickelt worden; die Hauptzuständigkeit für diese Fragen liege jedoch auf Bundesebene. Es gebe im Bundesstaat Bemühungen um die Errichtung von Kohlekraftwerken, damit die wirtschaftliche Entwicklung angeschoben wird. Dr. Jaiswal stellte fest, dass in Gujarat eine eigene Politik zu erneuerbaren Ressourcen entwickelt worden sei, was allerdings in Delhi auf Missfallen gestoßen sei, da Gujarat mit dieser Politik der Zentralregierung zuvorgekommen sei. Dr. Jaiswal wird sich bemühen, Schulen und medizinische Einrichtungen vom Einsatz von Dieselgeneratoren abzubringen und eine Umstellung auf fotovoltaische Stromerzeugung zu erreichen.

Es habe eine Reihe von Versuchen gegeben, die Einbindung der freien Wirtschaft in Entwicklungsprojekte zu erhöhen, die Wirtschaft würde allerdings wegen der Befürchtung zögern, dass die Opposition bei den nächsten Wahlen wieder ins Amt kommt und dann andere Politiken umsetzt.

Mit Nepal bestünden enge Beziehungen; für den Grenzübertritt bestehe keine Visumpflicht. Viele Bürger von Bihar hätten Verwandte in Nepal. Die bewaffneten Maoisten in Bihar kämen größtenteils aus dem südlich gelegenen Bundesstaat Jharkhand.

Seit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung im Jahr 2005 hätten umfangreiche Investitionen in die Bildung stattgefunden, die bis zu 25 % des Haushalts der Regierung des Bundesstaats ausmachen würden. Fast jede Schule besäße ein neues Gebäude; Mädchen erhielten mit Erreichen der 9. Klasse kostenlos Fahrräder. Schüler bekämen

kostenlos auch Bücher und Kleidung. Zu den weiteren Anreizen für einen Schulbesuch zähle eine kostenlose Mittagsmahlzeit.

**11.00                    Treffen mit *Nitish Kumar*, Chief Minister, Bihar**  
**Ort:                    *Samvad Bhavan***

Der Chief Minister gab einen Überblick über die wirtschaftliche Lage seines Bundesstaates und verwies auf das Ausbleiben von Entwicklung in der Vergangenheit und die mangelhafte Qualität der Infrastruktur. Er stellte fest, dass Bihar traditionell ein Staat sei, dessen Einwohner auswanderten, um andernorts Arbeit zu finden, da es in der Heimat an Chancen mangle. Wie viele andere Gesprächspartner auch, betonte Chief Minister Kumar die Bedeutung der Verbesserung des Straßennetzes als wesentlichen Entwicklungsfaktor.

Chief Minister Kumar war nicht der Ansicht, dass die Wasserversorgung einen kritischen Punkt erreicht habe oder dass zu große Mengen von Oberflächenwasser verbraucht würden, obwohl es einige Male zu Dürren gekommen sei. Es gebe ein großes Potenzial für die Erschließung der Wasserkraft, doch sei in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit Nepal erforderlich. Die Solarenergie könne für die Stromerzeugung genutzt werden, da sie sich langfristig als kostengünstiger erweise. Es müsse aber die erforderliche Technologie entwickelt werden.

Chief Minister Kumar betonte, dass in Bihar ausreichend Nahrungsmittel produziert würden, um den Eigenbedarf zu decken, dass jedoch 60 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. 70 % der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft, daher wäre es von großer Bedeutung, die Tätigkeiten in diesem Sektor einträglicher zu gestalten und entsprechende Technologien einzuführen. Die Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments verwiesen auf Beispiele aus anderen Länder, wie die Reinigung von Abwasser in Israel. Der Chief Minister stellte fest, dass erfolgreiche Konzepte in einem bestimmten Land nicht unbedingt auch in einem anderen Land funktionieren würden. So eigne sich das chinesische Entwicklungsmodell nicht unbedingt als Vorbild, da in Indien zunächst alles diskutiert werden müsse.

Wie andere Redner vor ihm unterstrich der Chief Minister die Bedeutung der Bildung und machte darauf aufmerksam, dass lediglich 2,5 % der Kinder im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule gehen, im Vergleich zu 12,5 % im Jahr 2005. Chief Minister Kumar betonte die Bedeutung, die der Entwicklung der Humanressourcen und der Gesundheitsfürsorge zukommt.

Der Chief Minister unterstrich die guten Beziehungen Bihars zu Nepal und die tiefgehenden kulturellen, sprachlichen und familiären Beziehungen, die die Völker verbinden. Er betonte allerdings, dass die politischen Beziehungen zu dem nördlichen Nachbar über Delhi laufen.

Einnahmen stammten aus internen Quellen, der Kreditaufnahme und Hilfen der Zentralregierung. Die Steuererhebung laufe zum größten Teil über den Zentralstaat. An diesen würden 70 % der Steuereinnahmen abgeführt, 30 % intern zugewiesen.

**12.15**                    **Treffen mit *Frau Kiran Ghai Sinha*, Mitglied des Legislativrats von Bihar und Vorsitzende des Ausschusses für den Schutz der Kinder und die Frauenförderung**  
**Ort:**                    ***Vidhan Parishad (Legislativrat)***

Kiran Ghai Sinha vertrat die Ansicht, in der Vergangenheit habe es an politischem Willen gefehlt, die Fragen des Schutzes der Kinder und der Frauenförderung anzugehen. In den zurückliegenden Jahren sei eine qualitative Verbesserung eingetreten, was sich an den Ergebnissen der Volkszählung 2011 gezeigt habe.

Sie beschrieb die Verbesserungen im Bildungssystem und die Initiativen der Regierung Bihars, den längeren Schulbesuch von Kindern, und besonders von Mädchen, zu fördern, obwohl weiterhin Probleme im Zusammenhang mit dem Analphabetentum bestehen. Die Regierung fördere die Praxis, bei der Geburt eines Mädchens zehn Bäume zu pflanzen. Die Regierung würde die vollständige Unterbindung von Kinderarbeit und eine Beendigung der negativen Auswirkungen von Eheschließungen im Kindesalter anstreben. Der von ihr geleitete Ausschuss arbeite mit NRO zusammen und führe unangemeldete Besuche bei Projekten durch, um deren Fortschritte zu kontrollieren.

Sie stellte fest, dass in Bihar der Volkszählung von 2011 zufolge im Ergebnis von pränataler Diagnostik und der Abtreibung weiblicher Föten derzeit auf 916 Frauen 1000 Männer kämen. Es bestehe ein erhebliches Problem mit armutbedingtem grenzüberschreitendem Menschenhandel.

Der von Kiran Ghai Sinha geleitete Ausschuss setze sich für eine Mindestfrauenquote von 33 % bei den Abgeordneten der Parlamente der Bundesstaaten ein. Die Anzahl der berufstätigen Frauen nehme zu, sie wolle aber „das Problem nicht kleinreden“ und erkenne an, dass es noch viele Fälle von Belästigungen am Arbeitsplatz gäbe. Sie äußerte sich zu der paradoxen Situation, dass Frauen in der indischen Kultur traditionell eine Respektposition einnehmen, in der Realität aber mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert seien.

Auf die Frage nach dem Einfluss der Kastenzugehörigkeit auf dieses Problem wurde von Kiran Ghai Sinha bejaht, dass die Kaste beim Zustandekommen von Eheschließungen im Kindesalter eine Rolle spiele und das Kastensystem zur negativen Lage der Frauen beiträgt. Das sei nicht das einzige Problem, daher setzten sich Gleichberechtigungsaktivisten für die Aufklärung der Menschen und der religiösen Führer in dieser Frage ein und bekämpften falsche Auffassungen.

Graham Watson äußerte sich zur reichen Geschichte Bihars und seinen demokratischen Traditionen. Er erwähnte, dass es vor hundert Jahren in Staaten der heutigen EU noch Kinderarbeit gegeben habe. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments unterrichteten die indische Seite auch über die Lage der Frau in der EU und betonten, dass in dieser Frage weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestünden.

**14.00**                    **Besuch eines Wiederaufforstungs-Projekts im Distrikt Vaishali**



Die Delegation besuchte ein gemeinschaftsbasiertes Waldbewirtschaftungs- und Waldschutzprojekt im Dorf Sheetal Bhakruhar, das im Rahmen der Rashtriya Sam Vikas Yojana (Entwicklungs- und Reformfazilität) der Planungskommission finanziert und von der Regierung des Bundesstaates Bihar betrieben wird.

Mit dem Projekt, das als Pilotprojekt fungiert, soll der Waldflächenanteil durch Unterstützung der Landwirte bei der Pflanzung von Bäumen auf ihrem Land verbessert werden. Zurzeit sind nur 6 % der Fläche des Bundesstaates von Wald bedeckt; Ziel ist es, diesen Wert auf 15 % zu erhöhen. Es werden 7,42 Millionen Setzlinge gepflanzt, darunter sechs Millionen Pappeln. Die endgültige Auswahl der Baumart erfolgt, nachdem die Zustimmung der Bauern eingeholt wurde, die die Setzlinge kostenlos erhalten.

Das Projekt ermöglicht die Bindung von Kohlenstoff, was dazu führt, dass pro Hektar und Jahr 9,3 Mio. t Kohlenstoff aus der Atmosphäre entfernt werden. Die Verbesserung des Bodens ist ein weiteres Ergebnis. Bisher beteiligten sich etwa 575 Bauern, doch geht man davon aus, dass auch Landwirte, die über größere Flächen verfügen, im Projekt aktiv werden. Die Bäume sollen nach sieben Jahren gefällt und zur Herstellung von Sperrholz verkauft werden, wodurch die Bauern eine Verdienstmöglichkeit erhalten. Alle Bauern, die die Delegation traf, lobten das Projekt und berichteten stolz, wie viele Bäume sie gepflanzt haben. Die Kinder im Dorf erwähnten auch die ästhetischen Vorzüge, die zusätzliche Bäume in und um ihr Dorf hätten.

**19.30**                    **Von Graham Watson ausgerichtetes Dinner mit Vertretern der Zivilgesellschaft**  
**Ort: Hotel Maurya**  
***Durbar II Hall***

Die Delegation war bei einem von Graham Watson ausgerichtetem Dinner zu Gast, an dem Vertreter der Zivilgesellschaft in Bihar teilnahmen, unter ihnen auch einige Beteiligte aus den besuchten Projekten.

**Donnerstag, 14. April 2011 - Mumbai**

In den Morgenstunden reiste die Delegation nach Mumbai. Während dieses dritten Abschnitts des Besuchs konnten die Mitglieder die Wirtschaftskapitale Indiens kennenlernen, die Sitz der Zentralbank und der Börse ist. Mumbai ist die größte Stadt Indiens und die fünftgrößte der Welt. Sie hat 18 Millionen Einwohner und ist für Migranten aus anderen Teilen Indiens sehr attraktiv.

**Mumbai liegt in Maharashtra, dem nach seiner Bevölkerungszahl hinter Uttar Pradesh zweitgrößten und flächenmäßig drittgrößten Staat Indiens.** Es ist zugleich der reichste Staat Indiens.

**15.30**                    **Gedenken an die Opfer der Anschläge vom 26.11. in Mumbai**  
**Ort:                    *Gedenkstätte im Taj Mahal Hotel***

Die Delegation des Europäischen Parlaments hielt eine Gedenkfeier für die Opfer der Terroranschläge vom 26. November 2008 ab, bei denen 173 Menschen ums Leben gekommen waren. Zur Zeit der Anschläge hielten sich Mitglieder des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments in dem Hotel auf; ein Beamter der Sozialdemokratischen Fraktion, der damals anwesend war, begleitete die Delegation auch bei dem gegenwärtigen Besuch.

An die Gedenkfeier schloss sich eine Führung durch Mumbai an, bei der auch das Gandhi-Museum besucht wurde.

### **18.30 Treffen mit der Strategic Foresight Group, Sundeep Waslekar.**

**Ort: Mumbai Education Trust  
MET Complex, gegenüber vom Lilavati Hospital  
Bandra Reclamation  
Bandra (West) - Mumbai 400 050**

Die Strategic Foresight Group wurde im Jahr 2002 mit dem Ziel gegründet, „*neue Formen intellektuellen Kapitals zu schaffen. In kurzer Zeit wurden von ihr intellektuelle und politische Werte geschaffen, was Zuarbeit von allen Kontinenten auslöste und zur Bereitstellung von Ergebnissen für Entscheidungsträger in der ganzen Welt führte*“. Bei 80 % ihrer Forschungsstudenten handelt es sich um Frauen.

Das Treffen wurde vom Präsidenten der Strategic Foresight Group, Sundeep Waslekar, geleitet. Es fand in den Räumlichkeiten des Mumbai Educational Trust (MET) statt, dem über 300 Akademiker und 3500 Studenten angehören und der der Jugend Indiens „*Lernsysteme von Weltrang anbieten soll*“, damit sie sich am Aufbau eines „*wiedererstarkenden Indiens, das darangeht, die Weltwirtschaft zu erobern*“, beteiligen können. An dem Treffen nahmen der Gesundheitsminister des Staates Maharashtra, Suresh Hirayenna Shetty, und eine Reihe weiterer Politiker und Akademiker teil.

Während der Diskussion wurden die folgenden Punkte angesprochen:

Indien und den USA sei der Aufbau einer tatsächlichen strategischen Beziehung gelungen, die Beziehungen zwischen Indien und der EU besäßen dagegen hauptsächlich wirtschaftlichen Charakter und die Botschafter Indiens in der EU kämen oft aus dem Finanzministerium.

Eine „Wissenspartnerschaft“ zwischen beiden Seiten wäre einer „strategischen Partnerschaft“ überlegen. Die globale Governance sei stark fragmentiert und es bestehe Bedarf an einer Struktur, mit der auf den zunehmend verflochtenen Charakter der Herausforderungen, mit denen sich beide Seiten und die Welt insgesamt konfrontiert sehen, reagiert werden könne. Wissen sei eine „höhere Form des Reichtums“ und in der Vergangenheit in verschiedenen Teilen der Welt entwickelt worden, wie China, Griechenland, Rom, den arabischen Staaten, Europa und den USA. Jetzt komme es darauf an, dass alle Teile der Welt zusammenarbeiten und die Welt zu einem „Gemeinschaftsunternehmen“ werden lassen. „Eine Wissenspartnerschaft im Bildungswesen würde den Menschen der Zukunft erschaffen.“

Zusammenarbeit im Bereich Innovation könnte bei der Senkung der Kosten helfen. Die Stärken der EU auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik seien gut bekannt. Es bestehe eine lange Liste von Gebieten mit bereits realisierten oder potenziellen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, wozu Gesundheitswesen, pharmazeutische Forschung, Schifffahrtsinfrastruktur, Bildungswesen, Landwirtschaft, Biotechnologie, Bekämpfung des Klimawandels und die Erschließung der erneuerbaren Energien gehörten.

Indische Teilnehmer betonten, dass der Zugang zu Forschungsvorhaben beider Seiten und der Informationsfluss darüber verbessert werden müssten. Die Forschungskosten seien in Indien wesentlich niedriger als in der EU oder den USA. Es wurde festgestellt, dass z. B. Forschungsarbeiten zum Anbau von Zwiebeln und Blumenkohl in Indien für ein Zehntel der Kosten in Europa durchgeführt worden seien.

Als Antwort auf Fragen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Klausel des FHA EU-Indien über nachhaltige Entwicklung wurde festgestellt, dass man auf der „bürokratischen Ebene“ sehr leicht eine solche Vereinbarung treffen könne, es sich aber sehr viel schwieriger gestalten würde, Vorschriften über Kinderarbeit in den 630 000 Dörfern Indiens durchzusetzen.

Es gebe ebenfalls ernstzunehmende Bemühungen auf politischer Ebene, die indischen Kohlendioxidemissionen zu verringern; ein Beispiel dafür sei der Bau der Metro in Delhi. Es wäre allerdings sehr schwierig, derartige Projekte in alten und großen Städten, wie Mumbai, durchzuführen.

Graham Watson schloss sich der Meinung an, dass die Beziehungen EU-Indien viel mehr umfassen müssen als nur Wirtschaftsfragen. Supranationale Probleme, wie Klimawandel, Migrationsströme, internationale organisierte Kriminalität oder die Piraterie im Indischen Ozean, würden eine supranationale Reaktion erfordern. Man habe es nunmehr mit einer globalisierten Wirtschaft zu tun, doch ein globaler Sozialkontrakt fehle; Indien und die EU müssten in dieser Frage zusammenarbeiten.

Graham Watson betonte, dass die EU eine Union der Werte, der Rechte und der Rechtsstaatlichkeit sei. Sie spiele in der Welt eine immer wichtigere Rolle, beispielsweise durch ihre Missionen zur Friedenssicherung. Die EU sei ein Beispiel für die gegenseitige Abhängigkeit von Nationen und die Zusammenführung von Souveränitätsrechten im Interesse des Gemeinwohls.

Er hob die Beziehungen hervor, die auf Gebieten wie Bildung und Forschung bereits zwischen der EU und Indien bestehen, wie beispielsweise das Programm „Erasmus Mundus“, den Jean-Monnet-Lehrstuhl an der JNU University in Delhi und das India-EU Study Centres Programme. Auch auf nationaler Ebene würden enge Beziehungen unterhalten, wie z. B. durch die deutschen Stiftungen. Er bedauerte, dass Indien immer noch nicht über eine für die Beziehungen zur EU zuständige interparlamentarische Gruppe verfüge.

Andere Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments wiesen darauf hin, dass sich die politische Union in Europa rascher entwickle als erwartet und bereits die Frage diskutiert werde, wer erster direkt gewählter Präsident Europas werde.

Außerdem erwähnten Mitglieder die Bedeutung, der der Entwicklung von Beziehungen zwischen Hochschulen, Studentenaustauschprogrammen und normalen Forschungseinrichtungen zukommt. Erforderlich seien ein Prozess wechselseitigen Lernens und eine stärkere strategische und technologische Zusammenarbeit.

Der Diskussion schloss sich ein informelles Essen an.

#### **Freitag, 15. April 2011 - Mumbai**

**11.00                    Treffen mit Führungskräften der Tata Group**  
**Ort:                    Taj Mahal Hotel**  
**Golden Room**

Die Delegation erhielt einen Überblick über das breitgefächerte Aktivitätsspektrum der Tata Group. Die Firma führt ihre Ursprünge auf die Gründung eines Baumwoll-Handelshauses im Jahr 1868 zurück. Die Tata Group ist in sieben Geschäftsbereichen tätig: Informationstechnologie und Kommunikation, Engineering, Werkstoffe, Dienstleistungen, Energie, Konsumgüter und Chemie. Es handelt sich um den größten Konzern Indiens mit jährlichen Einnahmen von etwa 75 Mrd. USD und einer Marktkapitalisierung von über 100 Mrd. USD. Das Unternehmen beschäftigt 400 000 Personen.

Bis 1995 konzentrierten sich die Firmenaktivitäten in Indien, derzeit entfallen 60 % der Geschäftstätigkeit auf das Ausland. Dennoch verzeichnet die Gruppe in Indien ein jährliches Wachstum von 7 % bis 9 %. In den vergangenen Jahren wurde ein Großteil des Wachstums durch Firmenübernahmen realisiert. Die Zahl der Beschäftigten in Europa liegt insgesamt zwischen 60 000 und 65 000. Das Unternehmen ist mit 45 000 Arbeitnehmern größter industrieller Arbeitgeber im Vereinigten Königreich und ist Eigentümer von Jaguar, Land Rover und Tetley. In den Niederlanden beschäftigt die Gruppe etwa 10 000 Arbeitnehmer. Die Probleme mit den Gewerkschaften seien in Europa größer als in Indien. (Bei Tata Steel in Indien habe es über 85 Jahre hinweg keinen Streik gegeben.)

Tata Steel hat 1912 den Achtstundentag und im Jahr 1920 den Mutterschutz eingeführt. Für die Beschäftigten bestehe eine eigene Altersversorgung. Der Wert des Rentenfonds im Vereinigten Königreich belaufe sich auf 13 Mrd. Pfund Sterling.

Die Beschäftigtenzahl von Tata Steel wurde von 78 000 Beschäftigten im Jahr 1992 auf gegenwärtig 30 000 Beschäftigte verringert. Dies sei durch den Abschluss großzügiger Aufhebungsverträgen erreicht worden, in deren Rahmen beispielsweise ein 45 Jahre alter Beschäftigter für die nächsten 15 Jahre weiterhin seinen Lohn erhält. Für ehemalige Beschäftigte würden auch Weiterbildungsmaßnahmen organisiert, wie z. B. das Entrepreneurship Development Programme.

China und Teile Afrikas sind weitere wichtige Tätigkeitsbereiche. Der Zugang zum chinesischen Markt werde durch Einfuhrbeschränkungen erschwert. Die Einfuhren Indiens aus China besäßen den dreifachen Umfang seiner Ausfuhren nach China.

Indische Firmen müssten insgesamt größer werden, als dies gegenwärtig der Fall sei, um in den Genuss der Größenvorteile zu gelangen, über die die chinesischen Firmen verfügten.

Die Tata Group lege großen Wert auf soziale Verantwortung und die Verbesserung des Lebens ihrer Mitarbeiter und der Gemeinden. Sie wende jährlich 250 Mio. USD für soziale Leistungen auf. Die Gruppe verfolge eine Gleichstellungspolitik und beteilige sich an Initiativen zur Förderung der Beschäftigung von Dalits und von integrativem Wachstum.

Die Redner der Tata Group fragten, ob der Wohlfahrtsstaat in der EU funktioniere und ob er das richtige Modell für Indien darstelle. Sie bestätigten das Bestehen sozialer Spannungen in Gebieten wie Westbengalen und Orissa und unterstrichen die Verantwortung der Regierung für die Beseitigung der grundlegenden Ursachen sozialer Auseinandersetzungen und die Bekämpfung der Korruption.

Die indische Regierung müsse auch Maßnahmen ergreifen, um das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmerschaft anzuheben, da in einem Land mit einer Bevölkerung von 1,2 Mrd. Menschen häufig qualifizierte Arbeitskräfte fehlten. Indien habe einige der besten Universitäten der Welt, aber die Bildung auf den unteren Ebenen sei ungenügend. Die EU könne in diesem Bereich mit ihrer Erfahrung zu Berufsbildung und Zertifizierung von Arbeitsqualifikationen helfen. Auf diesem Gebiet existiere bereits eine Zusammenarbeit mit Deutschland; in Indien bestünde großes Interesse am deutschen „dualen System“ der beruflichen Bildung.

Es wurde geäußert, dass „Europa den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits hinter sich hat und müde geworden ist“. Es scheine etwas von seinem Arbeitseifer eingebüßt zu haben und mehr nach Bequemlichkeit zu streben. Die Delegation des Europäischen Parlaments wurde warnend darauf hingewiesen, dass die Haltung der EU zum Klimawandel und zur Reduktion der Kohlendioxidemissionen die Gemeinschaft Wettbewerbsfähigkeit kosten werde und zum Erliegen der gewerblichen Fertigung führe. Die Gesprächspartner von der Tata Group stellten fest, dass Indien in dieser Frage „eine sehr gute Position“ bezogen habe, die das Wachstum sichere und andererseits die Pro-Kopf-Emissionen begrenze.

Abschließend kam es zu einer Diskussion über die zu erwartenden Ergebnisse des FHA EU-Indien. Es wurde festgestellt, dass die Zölle der EU zurzeit allgemein unter den entsprechenden indischen Zöllen liegen. Die indische Automobilindustrie befürchte konkret eine Überflutung des Marktes mit billigeren Kleinwagen aus Europa und sei im Luxussegment des Automarkts ebenfalls nicht konkurrenzfähig. Besorgnis kaum auch in den Äußerungen zur Festlegung von Regeln zu den Rechten des geistigen Eigentums zum Ausdruck, besonders bei Arzneimitteln. Nach Ansicht der Gesprächspartner hat Indien seine Verpflichtungen bezüglich der Rechte des geistigen Eigentums bereits umgesetzt. Das europäische Visasystem stellt weiterhin ein schwieriges Problem dar; die Gesprächspartner setzten sich für die Bereitstellung eines Schengenvisums für indische Staatsbürger ein.

#### **14.00                    Besuch der Bombay Stock Exchange, Treffen mit *Madhu Kannan*, MD und CEO**

**Ort: Corporate Communications  
Bombay Stock Exchange Limited  
P J Towers, Dalal Street  
Mumbai 400 001**

Die Delegation erfuhr von Madhu Kannan, dass das Wirtschaftswachstum sich in den vergangenen Jahren in ausgewählten Bereichen vollzogen habe, jetzt aber integrativer verlaufe und die ländlichen Gebiete erfasse. Jedes Jahr würde die arbeitsfähige Bevölkerung um 15 Millionen Personen zunehmen, was einen großen Vorteil für Indien darstelle. Die Inder würden wohlhabender und ihr Konsum steige, was einen positiven Impuls für die Wirtschaft bewirke.

Indien baue eine Finanzinfrastruktur auf, die die physische Infrastruktur ergänze. Es müsse ein Wirtschaftsumfeld geschaffen werden, in dem kleine Unternehmer Firmen aufbauen und ihre Fähigkeiten umsetzen könnten. Ziel der Börse sei es, „die Heuschrecken zu vertreiben und die Investoren hereinzuholen“. Die meisten neuen Arbeitsplätze würden in KMU entstehen; eine Börsennotierung von KMU hätte erhebliche Vorteile.

Dann gab Madhu Kannan einen detaillierten Überblick über die Funktionsweise der Börse. Er teilte den Mitgliedern des Europäischen Parlaments mit, dass es sich um die älteste Börse Asiens handle, deren Ursprünge bis in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreichten. Sie habe im August 2010 mit 4090 Firmen weltweit die größte Anzahl börsennotierter Unternehmen gehabt. Gegenwärtig sei sie die viertgrößte Börse Asiens und die elftgrößte der Welt.

Er stellte fest, dass der Basispunkt für Käufer und Verkäufer bei 12,5 % liege. Die Regierung des Bundesstaats habe eine Stempelgebühr, die Zentralregierung eine Wertpapierumsatzsteuer (STD) eingeführt, mit denen 2 Mrd. USD erwirtschaftet werden. Die Steuern dürften nicht zu stark angehoben werden, da sich der Markt sonst nach Singapur verlagere. Die Delegation des Europäischen Parlaments zog Parallelen zu den Vorschlägen für eine Tobin-Steuer auf Währungstransaktionen.

Die Korruption sei bereits in die Geschäftskosten einberechnet und fungiere als eine „Art Geschäftssteuer“. Das Aufkommen neuer Technologien bedeute allerdings, dass korrupte Praktiken derzeit leichter aufgedeckt würden als in der Vergangenheit und die Menschen Gelegenheit hätten, ihre Meinung dazu bei Wahlen zu artikulieren.

### **15.30 Treffen mit dem Chief Minister, S.E. Prithviraj Chavan**

Chief Minister Chavan gab einen Überblick über den Staat Maharashtra, der mit einer Bevölkerung von 112 Millionen Einwohnern der zweitgrößte Bundesstaat Indiens ist. Es sei der am stärksten industrialisierte Staat mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Einkommen. Maharashtra sei die Finanzmetropole Indiens, die in einer für internationale Währungstransaktionen wichtigen Zeitzone liege. Der Staat sei besonders für seine IT- und Automobilindustrie und den guten Ruf seiner zahlreichen Universitäten bekannt. Der Chief Minister erkannte aber an, dass der Staat angesichts ausgedehnter Slum-Gebiete und hoher Wohnkosten für Arme noch vor großen Problemen stehe. Die

Verfügbarkeit von Grund und Boden liege, verglichen mit den USA, nur bei 10 % des dortigen Wertes, obwohl 57 % der Bevölkerung immer noch ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft beziehen müssten.

Chief Minister Chavan merkte an, dass den Terroranschlägen vom November 2008 eine gründliche Planung zugrunde gelegen habe. Seit diesen Ereignissen sei das Sicherheitssystem im Binnenland und entlang der 720 Kilometer langen Küste verstärkt worden. Es sei die Absicht der Regierung, Mumbai als kosmopolitische und multikulturelle Stadt zu erhalten. Der einzige Überlebende aus der Terrorgruppe, die die Anschläge verübt hatte, würde in Übereinstimmung mit sämtlichen rechtlichen Normen vor ein Gericht gestellt, das aber nicht „kurzen Prozess“ machen werde.

Chief Minister Chavan verwies auf die sich seit dem Anfang der 1990er Jahre verstärkende Rolle der privaten Sektors bei der Entwicklung der indischen Wirtschaft. Die jährliche Wachstumsrate während der letzten sechs Jahre habe jeweils etwa 8 % betragen. Durch die wachsenden Steuereinnahmen habe die Möglichkeit für Investitionen in Gesundheit und Bildung und für die Förderung des integrativen Wachstums bestanden. Eine Reihe von Initiativen sei auf den Weg gebracht worden, wie beispielsweise das Recht auf Arbeit an jeweils 100 Tagen eines Jahres und das Recht auf Nahrung. Zu den Zielen der Regierung gehörten die allgemeine Alphabetisierung und bezahlbarer Wohnraum. Wachstum würde auf Innovation, Wissen und Fähigkeiten beruhen.

Auf eine Frage aus der Delegation hin schloss sich Chief Minister Chavan der Ansicht an, dass Mumbai für Indien „ein Fenster nach Westen“ darstelle und dass Wirtschaftstätigkeiten wie der Kreuzfahrttourismus Entwicklungschancen böten. Die Häfen in diesem indischen Staat müssten sicherlich modernisiert werden.

Abschließend betonte Chief Minister Chavan, dass das FHA EU-Indien für beide Seiten nützlich sein werde. Investitionen aus der EU seien wichtig. Er griff ebenfalls viele der Themen, zu denen sich andere Gesprächspartner geäußert hatten, noch einmal auf und unterstrich die Vorzüge der „kostengünstigen und hochqualitativen“ Arbeitnehmerschaft Indiens und die Vorteile der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie. Er freue sich auf die Einrichtung eines Büros der EU in Mumbai und sagte abschließend: „Lassen Sie uns zusammenarbeiten!“.

Anhänge: Programm und Teilnehmerliste



EUROPEAN PARLIAMENT



2009 - 2014

*Delegation for relations with India*

**VISIT OF THE DELEGATION  
FOR RELATIONS WITH INDIA TO  
DELHI - PATNA - MUMBAI  
11-15 APRIL 2011**

**FINAL PROGRAMME**

**Saturday 9 April and  
Sunday 10 April 2011**

INDIVIDUAL ARRIVALS OF MEMBERS AND STAFF.

*Taj Mahal Hotel  
1 Mansingh Road  
110001 New Delhi  
tel. +91 11 230 261 62*

**Sunday 10 April 2011 - Delhi**

11.00 Meeting with hotel staff (secretariat only)  
18.30 Informal meeting in hotel bar

**Monday 11 April 2011 - Delhi**

08.00 Breakfast briefing with EU Delegation  
*Venue : Divan I Khas Hall  
Taj Mahal Hotel*

PE465.341

24/30

PV869045DE.doc

**DE**



- 09.00 Meeting with trade union representatives  
*Venue : Longchamp Hall (rooftop)  
Taj Mahal Hotel*
- 10.15 TRANSFER TO 11 ASHOKA ROAD
- 10.30 Meeting with **Mr Prakash Javadekar**, Spokesperson, BJP (Bharatiya Janata Party)  
*Venue : BJP HQ Office  
11 Ashoka Road*
- 11.15 TRANSFER TO THE EU DELEGATION (Mr Watson - for press point)  
  
TRANSFER TO THE HOTEL (rest of delegation)
- 11.30-12.30 Meeting with **Mr Neil Grouch**, Group Public Policy Director, Emerging Markets, Vodafone India  
*Venue : Longchamp Hall (rooftop)  
Taj Mahal Hotel*
- 12.40 TRANSFER TO THE OBSERVER RESEARCH FOUNDATION
- 13.00 Lunch hosted by the **Observer Research Foundation**  
  
Subject: India's internal political situation and foreign policies  
  
Invited guests include MPs and representatives of think tanks  
  
*Venue: 20, Rouse Avenue Institutional Area  
(Behind Anuvrat Bhawan)  
Urdu Ghar Road - Deen Dayal  
Upadhyaya Marg  
New Delhi 110 002*
- 14.45 TRANSFER TO PARLIAMENT HOUSE
- 15.15-16.00 Meeting with the Standing Committee on Commerce  
**Shri Shanta Kumar BJP**, Chairman  
*Venue : Committee Room no. 63, first floor  
Parliament House*
- 16.00 TRANSFER TO ELECTRONICS NIKETAN
- 16.15-17.00 Meeting with **Mr Sachin Pilot**, Minister of State for Communications and Information Technology  
*Venue : Electronics Niketan, first floor  
6 CGO Complex  
Lodhi Road*

17.00 RETURN TO THE HOTEL

18.00 Meeting with the NGO Lawyers' Collective on the EU-India FTA  
*Venue : Longchamp Hall (rooftop)  
Taj Mahal Hotel*

19.30 TRANSFER TO

20.00 Dinner hosted by the EU Delegation  
*Venue : EU Residence  
A-25 West End  
New Delhi*

23.30 RETURN TO THE HOTEL

**Tuesday 12 April 2011 - Patna**

05.00 TRANSFER TO THE AIRPORT

06.45 Travel to Patna on flight AI 409 - Arrival in Patna 08.05

TRANSFER TO

*Maurya Hotel  
South Gandhi Maidan  
Patna 800 001  
Tel. +91 612 220 30 40  
Fax +91 612 220 30 30*

10.00 DEPARTURE FROM THE HOTEL FOR A FIELD VISIT

- Visit to EU funded project on female empowerment in the Vaishali district, around 90 minutes drive from Patna
- **Visit the villages**, interact with young people/parents/elected representatives/religious leaders/frontline health officials and finish morning programme with a meeting with the Block officials
- Lunch organised by the project in the Public Works Department, Inspection Bunglow in Lalganj
- Visit of Ashoka Pillar (Cultural heritage site)

17.30 RETURN TO PATNA

Evening free

**Wednesday 13 April 2011 - Patna**

- 09.30 Meeting with **Dr Sanjay Jaiswal**, MP (Lok Sabha), BJP from Paschim Champaran constituency (Bihar)  
*Venue : Maurya Hotel  
Durbar II Hall*
- 10.30 TRANSFER TO SAMVAD BHAVAN FOR
- 11.00 Meeting with **H.E. Mr Nitish Kumar**, Chief Minister, Bihar  
*Venue : Samvad Bhavan*
- 12.15 Meeting with **Ms Kiran Ghai Sinha**, Member of the Bihar Legislative Council and Chairperson of the Child Protection and Female Empowerment Committee  
*Venue : Vidhan Parishad (Legislative Council)  
Room 7, 1st floor*
- 13.30 RETURN TO HOTEL
- 14.00 TRANSFER TO FORESTRY PROJECT
- Visit a community-based integrated forest management and protection scheme funded under the Rashtriya Sam Vikas Yojana (Development and reform facility) of the Planning Commission, run by the Government of Bihar.
- Visit of two forest plantation sites and interaction with farmers in Hajipur
- 18.00 RETURN TO HOTEL
- 19.30 Dinner with representatives of civil society, hosted by **Mr Graham Watson**  
*Venue : Hotel Maurya  
Durbar II Hall*

**Thursday 14 April 2011 - Mumbai**

- 08.00 TRANSFER TO THE AIRPORT
- 10.10 DEPARTURE FOR MUMBAI ON FLIGHT JET LITE S2-721

- 12.30 Arrival in Mumbai and transfer to
- The Taj Mahal Palace**  
**Apollo Bunder**  
**Mumbai 400 001**  
**Tel. : +91 22 6665 3366**  
**Fax : +91 22 6665 0323**
- 14.30 Arrival at hotel
- 14.45 Lunch hosted by **Mr Graham Watson**  
*Venue : Shamiana Restaurant*  
*Taj Mahal Hotel*
- 15.30-15.45 Ceremony for the victims of 26/11 Mumbai attacks  
[signing of VIP book - lighting a candle - laying a wreath]  
*Venue : Memorial at Taj Mahal Hotel*
- 16.00-17.00 Guided visit of Mumbai
- 17.00 TRANSFER TO BANDRA (WEST)
- 18.30 Meeting with the Strategic Foresight Group, **Mr Sundeep Waslekar**,  
followed by informal dinner.  
**Theme of the programme:** „*Knowledge Partnership between EU and India*“
- Venue : Mumbai Education Trust*  
*MET Complex, Opposite Lilavati Hospital*  
*Bandra Reclamation*  
*Bandra (West) - Mumbai 400 050*
- 22.30 TRANSFER TO HOTEL

**Friday 15 April 2011 - Mumbai**

- 09.00 Delegation meeting
- 11.00 Meeting with Senior Executives of Tata Group
- Mr B. Muthuraman, Vice Chairman, Tata Steel Ltd.
  - Tata Motors
  - Tata Consultancy Services
  - Tata Global Beverages
  - Tata Chemicals
- followed by lunch

Venue : *Taj Mahal Hotel  
Golden Room*

- 13.45 TRANSFER TO STOCK EXCHANGE  
14.00 Visit to Bombay Stock Exchange, meeting with **Mr Madhu Kannan**,  
MD & CEO  
Venue : *Corporate Communications  
Bombay Stock Exchange Limited  
P J Towers, Dalal Street  
Mumbai 400 001*
- 15.30 Meeting with the Chief Minister, **H.E: Mr Prithviraj Chavan**
- 16.15 RETURN TO HOTEL
- Evening INDIVIDUAL DEPARTURES OF MEMBERS AND STAFF

\*\*\*\*\*



EUROPEAN PARLIAMENT



2009 - 2014

*Delegation for relations with India*

**VISIT OF THE  
DELEGATION FOR RELATIONS WITH INDIA TO  
DELHI - PATNA - MUMBAI  
11-15 APRIL 2011**

**LIST OF PARTICIPANTS**

**MEMBERS**

Mr Graham WATSON, Chair	ALDE	United Kingdom
Mr Charalampos ANGOURAKIS, 1st Vice-Chair	GUE/NGL	Greece
Mr Harlem DESIR	S&D	France
Mr Bill NEWTON DUNN	ALDE	United Kingdom
Ms Franziska KELLER (until 13 April)	VERTS/ALE	Germany
Ms Anna ROSBACH	ECR	Denmark

PV\869045DE.doc

29/30

PE465.341

**DE**

**SECRETARIAT**

Mr Tim BODEN, Head of Secretariat

Ms Emma MOLLET, Administrative Assistant

**POLITICAL GROUPS**

Ms Arielle ROUBY, S&D

Ms Urša PONDELEK, ALDE

Mr Jannes DE JONG, ECR